

5G: Wenn die Masten näher kommen

Hochschule Kehl entwickelt Bürgerbeteiligungsmodell



Um eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit dem aktuellen Mobilfunkstandard 5G zu erreichen, müssen mehr Funkmasten errichtet werden. Michael Frey, Professor für Rechts- und Kommunalwissenschaften an der Hochschule Kehl, erarbeitet dazu ein Bürgerbeteiligungsmodell.

Foto: dpa

Nicht nur technische Hürden müssen beim Aufbau des neuen Mobilfunkstandards 5G in Deutschland bewältigt werden. Im Rahmen eines vom Land geförderten Pilotprojekts untersucht die Hochschule Kehl, wie Bürger in die Suche nach Standorten für neue Mobilfunkmasten eingebunden werden können. Ein Debakel wie bei der Suche nach Windradstandorten soll so verhindert werden.

VON SIMON ALLGEIER

Kehl. „Auf der einen Seite beklagen wir die vielen Funklöcher und unseren Rückstand im Bereich Digitalisierung, auf der anderen Seite haben wir Angst vor jeder technischen Neuerung, die uns ins Haus steht“, beschreibt Michael Frey die Kluft, die sich in Deutschland auftut. Der Ausbau des neuen Mobilfunkstandards 5G hat das Zeug dazu, diese noch zu vertiefen. Damit das nicht passiert, wurde der Professor für Rechts- und Kommunalwissenschaften an der Hochschule Kehl in ein vom Land gefördertes Pilotprojekt im Landkreis Tuttlingen eingebunden. In vier Modellgemeinden wird dort exemplarisch bis Juli 2020 der 5G-Ausbau vorangetrieben. „Bis Jahresende versuchen wir, ein Bürgerbeteiligungskonzept aufzubauen“, beschreibt Frey die Aufgabe der Hochschule, dieses soll dann von März bis Juni laufen. „Das Ergebnis ist noch offen“, betont der Wissenschaftler. Das Projekt zeige gut auf, worum es in einer modernen Verwaltung geht: „Mit dem Bürger im Dialog bleiben, die Verunsachlichung der Diskussion verhindern und das Vertrauen des Bürgers in die kommunalen und staatlichen Stellen zu erhalten.“ Dabei sei es wichtig, den Menschen begreiflich zu machen, „dass eine Verwaltung nicht eigennützig handelt, sondern im Interesse der Bürger“.

Dass der 5G-Ausbau nicht ohne Widerstände von Teilen der Bevölkerung gegen geplante Standorte für Sendemasten ablaufen wird, liegt für Frey auf der Hand. „Wir haben viele alte Bekannte in der Diskussion, die wir schon beim Bau der bisherigen Sendemasten hatten.“ Auch gebe es Parallelen zum Ausbau der Windkraft, in diesem Bereich sei die Mobilisierung ebenfalls groß gewesen. Anders als beim bisherigen Mobilfunkstandard 4G werden die Abstände zwischen den Masten bei 5G geringer sein, die Betroffenheiten damit größer. Die maximale Reichweite

eines 5G-Mastes liege bei 200 Metern, „das heißt, auf jeden dritten bis vierten Laternenmast müsste theoretisch eine Sendeanlage“, betont Frey. Die Sender rücken damit näher an die Menschen, die sie nutzen.

Die Widerstände in der Bevölkerung gegen Funkmasten in nächster Nähe sind nach wie vor groß.

Im ländlichen Raum kommen laut Frey zwei Arten von Flächen für Sendemasten infrage: Zum einen kommunale Grundstücke und Gebäude, wie Rathäuser, Schulen, Feuerwehr und Sportplätze, zum anderen private Gebäude und Firmen. Sofern Telekommunikationsanbieter auf Letztere zugehen, schwinde die Möglichkeit der Gemeinde, Einfluss zu nehmen, gibt Frey zu bedenken. Wie hoch ein Sendemast sein muss, komme auf die Umgebungshöhe an. In Großstädten würden 5G-Masten mitunter an Brückengeländer montiert oder an Straßenlaternen. „Dann sind wir im Bereich von sieben bis acht Metern.“ Baulich ließen sich die Sender so integrieren, dass man sie nicht sieht.

Die aus der Vergangenheit bekannten Forderungen von Bürgern, Funkmasten nicht in der Nähe von Kindergärten oder Schulen zu errichten, haben an Aktualität nichts verloren. Die Widerstände, stellt Frey fest, nähmen zum Teil Züge an, „wo ich als Wissenschaftler sagen muss, das hat sich entkoppelt von der realen Situation“. Beispielsweise, wenn sich Ärzte an Ministerien ketten, es gewaltsame Demonstrationen gibt oder Studien „bewusst missinterpretiert werden, um ein günstigeres Ergebnis zu erreichen“. Die Form der Opposition habe sich mit dem Ausbau der Windenergie geändert, sie versuche „emotionaler und intensiver zu wirken“. Es kommt Frey zufolge nicht mehr darauf an, konsequent



Professor Michael Frey von der Hochschule Kehl arbeitet an einem Bürgerbeteiligungsprojekt für den 5G-Ausbau im ländlichen Raum.

Foto: Ulrich Marx

und folgerichtig zu argumentieren, sondern Aufmerksamkeit zu erregen. Typisch für die Windenergie sei gewesen, dass Menschen mit dem Umweltschutz gegen Standorte argumentierten und es eine versteckte Agenda gab: In Wahrheit basiere die Ablehnung darauf, Windräder nicht sehen und hören zu wollen, „weil ich fürchte, dass der Wert meines Hauses und der Erholungswert geschmälert wird“. Diese Belange hätten in den Genehmigungsverfahren jedoch nur „einen sehr kleinen bis gar keinen Stellenwert“ gehabt. Deshalb suche sich der Protest das Argument, das den größten Erfolg verspricht und das sei eben das Artenschutzrecht.

„Wir erleben bei 5G auch wieder, dass Gelbbauchunken gefunden werden oder Fledermäuse auf dem Rath-

ausdach gestört werden“, sagt Frey. Ziel solcher Hinweise sei, durch Verzögerungen das Vorhaben wirtschaftlich unattraktiv zu machen. Das führe zu den von den Mobilfunkbetreibern beklagten überlangen Verfahrensdauern.

Der Professor kann das nicht nachvollziehen: „Wenn wir Risiko bewerten, müssten wir gegen sehr viel mehr sein und ganz andere Risikofaktoren bekämpfen als 5G“. Das Bürgerbeteiligungskonzept für kleine Gemeinden, an dem er arbeitet, soll dazu beitragen, die Diskussion zu versachlichen. Die Konzepte, wie sie in Großstädten zur Anwendung kommen, scheitern laut Frey im ländlichen Raum regelmäßig, „weil die Augenhöhe fehlt und die Zielgruppe nicht erreicht wird“. Ziel der Bürgerbeteiligungsmodelle, die später als Leitfaden für andere Kommunen zur Verfügung gestellt werden sollen, sei es, die Bürger in den 5G-Ausbau einzubeziehen, „die schlafende Mehrheit zu wecken und zu sensibilisieren, was ist faktengestützt und was geht darüber hinaus“.

Der Bürgermeister muss sich entscheiden: Will er Treiber oder Moderator sein.

Eine Schlüsselrolle kommt bei der Suche nach Funkstandorten laut Frey den Bürgermeistern zu. „Er muss sich entscheiden, will er Treiber oder Moderator sein.“ Beides gleichzeitig sei nicht möglich, den Rollenkonflikt müsse der Bürgermeister auflösen. In vielen kleinen Gemeinden gebe es das Problem, dass die Menschen wissen, der Bürgermeister steht hinter dem Ausbau von 5G oder der Windkraft, gleichzeitig sitzt er aber bei Veranstaltungen als Moderator auf dem Podium. „Sobald dann die Diskussion beginnt, wird der Bürgermeister so lange gereizt, bis er gar nicht mehr anders kann, als doch seine Meinung zu sagen und sich zu rechtfertigen. Damit hat er dann seine Überparteilichkeit verloren.“ Vor diesem Rollenkonflikt könne sich ein Bürgermeister nur schützen, indem er die Moderation abgibt, wenn er parteiisch ist, betont Frey. Sinnvoll sei deshalb, dass sich die Kommune auf die Moderation beschränkt und die Treiberrolle dem überlässt, der hinterher auch den wirtschaftlichen Nutzen aus dem Ausbau zieht: dem Mobilfunkbetreiber.

Eine weitere Erkenntnis der Untersuchungen zur Bürgerbeteiligung ist der Aufbau von Informationsver-

anstaltungen. „Ein Dialog auf Augenhöhe funktioniert nicht, wenn die Experten oben auf dem Podium sitzen.“ Im Saal bilde sich dann schnell eine Wut darüber, mit seinen Sorgen nicht entsprechend wahrgenommen zu werden. Diese Konstellation will Professor Michael Frey mit der Bildung von Gesprächsinseln aufbrechen, an denen sich Bürger bei einer Veranstaltung informieren können. Der Mobilfunkbetreiber sei dabei nur eine von mehreren Stationen, auch die Gegner des Ausbaus, die Gemeinde und andere Beteiligte müssten räumlich gleichberechtigt zu Wort kommen. Der Gemeinde könne außerdem die Rolle zukommen, eine Art Faktencheck zu betreiben.

Bei den vier Gemeinden, die Frey im Rahmen des Modellprojekts im Kreis Tuttlingen betreut, stieß der Professor „auf komplett unterschiedliche“ Ausgangssituationen: „Einer wollte am liebsten gar keine Bürgerbeteiligung bei dem Thema, weil er davon ausging, dass das Ganze am schnellsten geht, wenn er das still und leise über die Bühne bringt.“ Andere wiederum seien aufgeschlossen und freuten sich auf die neue Herangehensweise.

Den Widerstand gegen den 5G-Ausbau kann Michael Frey nicht ganz nachvollziehen. Letztlich diene er der Versorgungssicherheit der Bevölkerung und stelle eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse von Stadt und Land her. An Mobilfunk mit größeren Datenmengen werde in Zukunft kein Weg vorbeiführen, ist er überzeugt, beispielsweise um neue Techniken wie das autonome Fahren zu ermöglichen. Die hohe Kunst der öffentlichen Verwaltung sei dabei, die Versorgung so sicherzustellen, dass die Bevölkerung möglichst wenige Nachteile hat. Und noch einen weiteren Vorteil von 5G nennt Frey: „Damit kann ich eine Versorgung mit schnellem Internet leichter sicherstellen, als mit dem Glasfaserausbau.“ Der sei zwar nach wie vor sinnvoll, es könne aber darüber nachgedacht werden, ob Glasfaser wirklich bis zum letzten Gehöft verlegt werden muss, oder ob dort schnelles Internet nicht einfacher über 5G realisiert werden kann.

Kontakt

@ Simon Allgeier
(MITTELBADISCHE PRESSE)
simon.allgeier@reiff.de

Renée Arnold
(Hochschule Kehl)
07 851/89 41 41
presse@hs-kehl.de

HINTERGRUND

Ausbauoffensive bis Ende 2021

Auf dem Mobilfunkgipfel 2018 haben die Mobilfunknetzbetreiber angekündigt, die Versorgung im ländlichen Raum mit einer Ausbauoffensive stark zu verbessern. Bis Ende 2021 sollen 99 Prozent der Haushalte in jedem Bundesland eine LTE-Versorgung (4G) erhalten. Der Bund hat mit den Mobilfunknetzbetreibern Telekom, Vodafone, Telefónica und 1&1 Drillich Anfang September Verträ-

ge geschlossen, die diese Zusage rechtlich verbindlich machen. Im Gegenzug ermöglicht der Bund den Netzbetreibern, ihre Zahlungspflichten aus der Frequenzauktion 2019 mit jährlichen Raten über den Zeitraum bis 2030 zu strecken.

Beim Mobilfunkstandard 4G liegt die Höchstgeschwindigkeit bei 100 Mbit/s, mit 5G sollen 10 bis 20 Gbit/s möglich sein.

Ein Dossier zu diesem Thema mit weiteren Themen finden Sie unter: www.bo.de/hochschuleseite-campus